

Jakob Streif

Sehnsucht Normalität. Das rettende Ufer der Normalität und das revolutionäre Potenzial in der „Corona-Krise“

Inhaltsverzeichnis

Sehnsucht Normalität. Das rettende Ufer der Normalität und das revolutionäre Potenzial in der „Corona-Krise“.....	1
Literaturverzeichnis	8
Zum Autor	9

Sehnsucht Normalität. Das rettende Ufer der Normalität und das revolutionäre Potenzial in der „Corona-Krise“.

Die Unwetter, die Pandemien, das Sichtbarwerden der Ausbeutung, in der sich die meisten Arbeitnehmenden befinden, all das bedroht das Gewohnheitsrecht, das viele zu haben meinen. Ein Leben als irgendwem überlegener Westeuropäer.

(Berg 2020)

Normalität begegnet uns an jeder Ecke. Tagtäglich finden wir uns in ihr wieder, leben sie oder widersetzen uns ihr. Für die einen ist Normalität – ob bewusst oder unbewusst – Anker und Leuchtturm zugleich, während das Wort für andere Assoziationen von festgefahrenen Strukturen und Zwang weckt. Dennoch lebt jede Person in ihrem Alltag und ihren Gewohnheiten eine gewisse Art von Normalität, die sich an historisch herausgebildeten Normen orientieren oder sich – mitunter absichtlich – von ihnen abgrenzen kann. Diese historisch herausgebildete Normalität ist seit einigen Jahren eine zunehmend neoliberale, in der alle Bereiche menschlichen Lebens weitreichend ökonomisiert und kommodifiziert werden. Geprägt ist dieses System von multiplen und tiefgreifenden Krisen, die jede für sich die Unbedarftheit, die Selbstverständlichkeit und die von Wohlstand geprägte Normalität der reichen Industriestaaten des Globalen Nordens erschüttert. Eine dieser Krisen ist die seit März 2020 auch in Europa allgegenwärtige Corona-Pandemie. Routiniert durchgeführte Handlungen, gewohnte und alltägliche Abläufe sind stark verändert oder verunmöglicht, viele der einstudierten und ehemals selbstverständlichen Handgriffe von plötzlicher Anormalität betroffen. Ein solcher krisenhafter Zustand könnte jedoch auch eine Gelegenheit für eine Neuorientierung bieten und Anlass sein, die Strukturen, die ihn bedingen nachhaltig zu verändern. Ängste und Bedrohungen können kollektiv definiert und bewältigt werden, statt für das einzelne Individuum unüberwindbar zu wirken und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Krise kann unter Umständen auch Chance bedeuten. Der folgende Text versucht, sich dem Konzept der – neoliberalen – Normalität im

Zusammenhang mit der globalen „Corona-Krise“ zu nähern, die das uns Altbekannte auf den Kopf gestellt hat. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, ob der Schock der Krise das Potenzial zu einem tiefgreifenden Wandel, einer Art ökologisch-sozialen und antikapitalistischen Revolution vergrößert hat, beziehungsweise was im Laufe der ersten Krisenmonate aus diesem Potenzial geworden ist.

Normalität, (De-)Normalisierung und Normativität

Doch was bedeutet „Normalität“ überhaupt? Bereits in der Einleitung dieses Textes findet sich teils eine ungenaue Formulierung, die den Eindruck erweckt, es gebe diese eine für alle geltende „Normalität“. Unterschieden werden muss allerdings zwischen der individuellen und der gesellschaftlichen Normalität. Vorstellungen von Normalität sind einerseits subjektiv, von Person zu Person unterschiedlich definiert und akzeptiert, andererseits sozial konstruiert und uns somit auferlegt (Link/Loer/Neuendorff 2003: 14; Eribon 2016: 64). Diese beiden Ausprägungen des Normalen beeinflussen sich gegenseitig. Wir erlernen Normen „zusammen mit den Regeln der sozialen Welt“ (Eribon 2016: 63), was unweigerlich dazu führt dass Normalität, wie wir sie für uns selbst definieren, maßgeblich geprägt ist vom Normalitätsbegriff der Gesellschaft, in der wir aufgewachsen sind. Gleichwohl ist Normalität wandel-, gestalt- und „partiell applizierbar“ (Eribon 2016: 64). Jede*r hat also eine eigene Auffassung von und ein eigenes Verhältnis zur Normalität. Wir reproduzieren sie oder widersetzen uns ihr und verändern sie dadurch gegebenenfalls. Diesen Wandel nennt Jürgen Link „Normalisierung“ (2013: 10). Etwas vormals als „anormal“ oder deviant Empfundenes wird im Rahmen dieses Prozesses als „normal“ akzeptiert. Dieser Prozess ist der Inbegriff von gesellschaftlichem Wandel. Frauen in Führungspositionen, queere Partnerschaften, Bewusstsein für (intersektionale) Diskriminierungen, Schwangerschaftsabbrüche. Die schrittweise (und noch lange nicht abgeschlossene) Normalisierung all dieser Beispiele wurde im Laufe der Jahre hart erkämpft, und aufgrund der Beweglichkeit des Prozesses mitunter auch wieder verloren – denn Normalisierung ist keine Einbahnstraße. Analog zur Normalisierung ist der Verlust von Normalität die „Denormalisierung“. Die „Denormalisierungsangst“ oder auch die „Angst, aus der Normalität zu fallen“ (Link 2013: 62) beeinflusst grundlegend unseren Bezug zu Normalität. Die meisten Menschen ziehen wohl Normalität, Kontinuität und gesellschaftliche Anerkennung einer Anormalität und der damit verbundenen möglichen sozialen Ächtung und Unsicherheit vor, wobei es natürlich auch Ausnahmen geben kann.

Zu unterscheiden ist auch zwischen „Normalität“ und „Normativität“. Beide Wörter teilen sich die lateinische Wurzel *norma*, was in etwa „Regel“ bedeutet – und bereits den Kern

beider Begriffe andeutet: etwas „ist die Regel“ oder eine Regel wird aufgestellt. „Normativität“ als moralisch, religiös, traditionell oder ideologisch konstruierte Größe unterscheidet sich oft von Normalität als „erwartbare, nicht irritierende [...] Realität“ (Link/Loer/Neuendorff 2003: 11). Es können Dinge als „normal“, als Regel akzeptiert werden, die es eigentlich nicht sein sollten. Obdachlosigkeit wird im urbanen Alltag oft als „normal“ betrachtet, ebenso wie sexistische Diskriminierung und Gewalt gegen Marginalisierte, obwohl die meisten – und das ist nun meine vielleicht etwas naive Hoffnung – diese Dinge aus einer normativen Warte ablehnen und als falsch betrachten würden. „Normales“ steht somit „bedeutend näher bei dem [...] Begriff der Akzeptanz [...] als bei dem der Normativität“ (Link/Loer/Neuendorff 2003: 9). Wenn fortan von „Normalität“ die Rede ist, meine ich damit die gesellschaftlich konstruierte und der einzelnen Person oktroyierte.

Neoliberale Normalität und multiple „Denormalisierungskrisen“

Die momentan vorherrschende Normalität ist eine durch und durch neoliberale. Allen und allem wird ein Wert zugemessen, Kommodifizierung bis ins kleinste Detail und bis zum großen Ganzen (Fisher 2013: 10). Wenngleich in der Öffentlichkeit noch mit Zurechtweisung reagiert wird, wenn Menschenleben offen ein verhandelbarer Wert zugeschrieben wird, der sodann im Kosten-Nutzen-Kalkül verrechnet werden kann, werden kollektiv bindende Policy-Entscheidungen schon lange genau nach diesem Prinzip auf Wirtschaftlichkeit geprüft. In der „Corona-Krise“ findet diese Entwicklung ihren bisherigen Höhepunkt, wenn Menschenleben, Maßnahmen und Konjunkturprogramme knallhart gegengerechnet werden.

Eines der Kernelemente der neoliberalen Normalität ist der beständig sinkende Wert der Kollektivität. Die Gesellschaft setzt mehr und mehr auf Leistungsdrang, Eigenverantwortung und „Massenindividualismus“, statt auf Wohlfahrt und Solidarität (Eribon 2016: 120-126; Berg 2020). Das Individuum lebt isoliert in der gesellschaftlichen Normalität und ist mittlerweile gewöhnt an die vielen Missstände im täglichen Politikgeschäft (Fisher 2013: 18-19). Im „kapitalistischen Realismus“ (Fisher 2013) gipfelt der „nihilistische Hedonismus“ (Fisher 2013: 11) darin, sich keine Gedanken mehr machen zu müssen, und mit entlastetem Gewissen vergnügt weiter zu konsumieren – und somit gewaltvolle Strukturen zu reproduzieren –, da das nun mal die vorgelebte und erlernte Normalität ist (Link/Loer/Neuendorff 2003: 19-20). Eben-diese Normalität aus liberaler Demokratie und Neoliberalismus, die bereits als Höhepunkt der menschlichen Entwicklung bezeichnet wurde, produziert ein Gefühl der Alternativlosigkeit (Fisher 2013: 13-15), das Mark Fisher treffend mit dem Titel des ersten Kapitels seines Buches

beschreibt: "Es ist einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus" (Fisher 2013: 7).

Eine Alternative braucht es aber, denn nicht nur in von einer Pandemie geprägten Zeiten führt unaufhörliches (exponentielles) Wachstum unweigerlich zu einer Krise katastrophalen Ausmaßes (Link 2013: 32). Krise hier verstanden als Zustand, der deutlich von der wie auch immer gearteten Normalität abweicht, somit Lebensgewohnheiten und Selbstverständlichkeiten verunmöglicht und mit den bisherigen Methoden der Problemlösung nicht zu renormalisieren ist (Keupp 2010: 25). Wir befinden uns seit der Finanzkrise 2008 in einem Zustand dauerhafter und „multipler Krisen“ (Demirović 2013). Die „Corona-Krise“ ist die vierte „Denormalisierungskrise“ (Demirović 2020) der vergangenen Jahre, die die gewohnte Unbedarftheit, die Selbstverständlichkeit und die von Wohlstand geprägte Normalität der reichen Industriestaaten des Globalen Nordens gefährdet. Sie folgt damit erstens auf die Finanzkrise von 2008, in der die finanziellen Sicherheitsnetze versagten. Zweitens auf die Flucht- und Migrationsbewegungen und das damit verbundene nackte Leben und Überleben an den EU-Außengrenzen, das in der europäischen Normalität ausgeblendet wird. Und drittens auf die Klimakrise, die normalisiert wird, weil ökologisch bewusstes Handeln die festgefahrenen Reproduktionsmuster grundlegend verändern würde. Ähnlich wie in der „Corona-Krise“, in der nun die Rückkehr zur Normalitätskurve der Kapitalakkumulation angestrebt wird statt einer grundlegenden und nachhaltigen progressiven Veränderung (Demirović 2020). „Denormalisierung“ und krisenhafte Zustände werden somit Teil einer „neuen Normalität“ (Becker/Demirović 2020a).

Die Krise als Chance?

Eine Krise kann viel Potenzial bergen für nachhaltigen und tiefgreifenden Wandel. Individualisierte Angst kann von sozialen Bewegungen, aber auch von gesamten Gesellschaften als kollektive Bedrohung definiert werden, die es gemeinsam zu überwinden gilt. Heiner Keupp nennt das „produktive Angstbewältigung“ (2010: 33-34). So rückte der (zweite) Atomausstieg in Deutschland erst wieder durch die Katastrophe von Fukushima in greifbare Nähe. Die Angst vor einer atomaren Katastrophe in Deutschland wurde adressiert und infolgedessen der Ausstieg auf den Weg gebracht – es wurde gewissermaßen „mit der Krise regiert“. Gleichwohl ist das Potenzial für gemeinschaftliche Angstbewältigung in der neoliberalen Normalität im historischen Vergleich eher gering, da das Individuum an die Stelle des Kollektivs getreten ist und somit die Mobilisierung zu kollektiven (Re-)Aktionen, Reformen und Revolutionen erschwert wird. Nehmen sich die Mitglieder einer Gesellschaft eher als Individuen wahr statt als Kollektiv, das gemeinsam handeln könnte, liegt bei einer derart großen Krise wohl die

Suche nach Normalität und Bekanntem näher, als das kollektive Überwinden dieses anormalen Zustands.

Mit der Beschreibung des Begriffs "Revolution" möchte ich es nun kurz halten. Auch weiche ich von der landläufigen Auffassung ab, eine Revolution sei automatisch mit Barrikaden und Straßenkämpfen verbunden, sondern betrachte revolutionäre Umwälzungen hier vielmehr als weitreichendes kollektives Umdenken und Umgestalten des Systems, weg von der hegemonialen neoliberalen Verrechnungs- und Leistungslogik. „Revolution“ als tiefgreifender Wandel von Gesellschaft und Staatsform „muss aus dem Konjunktiv in einen neuen Indikativ münden. Sie wird nicht gemacht, damit das Leben gut sein *könnte*. Sondern damit es gut ist“ (Adamczak 2017: 103). Ein hoher Anspruch also und ein hoher Einsatz, denn der potenzielle postrevolutionäre Zustand liegt hinter dem Schleier der Zukunft, lässt sich bloß erahnen und ausmalen. Den revolutionären Weg zu gehen ist ein Wagnis, das im „kapitalistischen Realismus“ so viel Unsicherheit mit sich bringt, dass sich als gemütlichste und naheliegendste Option die Flucht in die neoliberale Normalität anbietet. Die Bedrohungen der multiplen Krisen scheinen noch nicht groß und real genug zu sein für einen „Griff [...] nach der Notbremse“ wie Walter Benjamin die Revolution bezeichnet (Soltau 2020). Ist der Zustand der Krise also schon derart normalisiert? Haben wir „zu viel“ oder „zu wenig“ Krise, um revolutionäres Potenzial zu aktivieren? Eine Frage die sich hier in diesem kleinen Rahmen nur bedingt erörtern lässt. Die Antwort wird vielleicht die Zukunft bringen.

Covid-19 und die verlorene Normalität

Krisenhafte Zustände sind unweigerlich mit Denormalisierung verbunden. In der Krise ist ein Normalitätsbegriff unverzichtbar, gewissermaßen als Anker im Sturm. Gleichzeitig ist dieser Begriff aber auch besonders unklar, da der gewohnte Bezug zur Normalität verändert oder sogar gekappt ist (Link 2013: 11-12). Die „Corona-Krise“ bietet jedenfalls großen Anreiz, nach Möglichkeit in eine gefühlte Normalität zu fliehen. Für viele der aktuell lebenden Menschen gab es möglicherweise noch nie eine Ausnahmesituation, die in derartigem Umfang in ihr (alltägliche) Leben hineinreicht und die in globalem Umfang alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens berührt. Das Gesundheitssystem, der Einzelhandel, das Bildungswesen und gefühlt jede zweite alltägliche Handlung sind von der durch das Corona-Virus hervorgerufenen Anormalität betroffen (Soltau 2020). Das Problem ist, dass nicht jede*r sich gefühlte Normalität auch leisten kann, sie ist dieser Tage eines der größten Privilegien. Prekär Lohnarbeitende müssen sich mit dem allgegenwärtigen Risiko der Ansteckung abfinden und weiterhin ihren Lebensunterhalt verdienen, während die reiche Oberschicht sich in ihren Anwesen aufhalten und mit ihrem

Geld Bewegungsfreiheit und Sorglosigkeit kaufen kann. Für einen Moment wurden am Anfang der Krise die harschen Gegensätze der verschiedenen Lebensrealitäten deutlich, als Wohlhabende Einblicke in ihre „Quarantäne“ gaben und ihren „Beitrag zum Social Distancing“ betonten, während sie gönnerhaft den Menschen in systemrelevanten Berufen vom Balkon aus applaudierten. Auf eine perverse Art und Weise war genau das die altbekannte neoliberale Normalität. Die Krise wird auf dem Rücken der gering- und mittelmäßigverdienenden Arbeitnehmer*innen ausgetragen, während die Gutgestellten die Richtung und den Ton angeben. Das bürgerliche Lager zielt auf eine herrschaftliche Normalisierung der andauernden Krise(n), die Unterprivilegierte sich schlichtweg nicht leisten können. Der „neue Alltag“ und die „neue Normalität“ sollen der Bewältigung der neuen Herausforderungen im globalen Standortwettbewerb dienlich sein, damit Deutschland und Europa ihre gewohnte Machtposition im globalen Gefüge nicht verlieren (Becker/Demirović 2020b). So forderte die Leopoldina, die Nationale Akademie der Wissenschaften und eine der gewichtigsten Beratungsinstitutionen der Bundesregierung schon im April eine „schrittweise Rückführung in einen gesellschaftlichen ‚Normalzustand‘“, in dem die Wirtschaft wieder hochgefahren werden solle (Leopoldina 2020). Von Umdenken keine Rede, Hauptsache zurück zum altbekannten „Normal“. Das mit einer großen Mehrheit an cis-Männern besetzte Gremium fordert also eine Rückkehr in eine primär von cis-Männern konstruierte und cis-Männern dienliche patriarchale Normalität. Passend dazu auch der Rückfall in nationalstaatliche Ansätze und Grenzen. Auf eine globale Pandemie wird ähnlich wie bei der globalen Klimakatastrophe anfangs mit dem Fingerzeig auf andere Staaten reagiert. Es wird das Bild einer „auto-immunen nationalen Gemeinschaft [geschaffen], die nur von außen infiziert werden kann“ (Demirović 2020). Den Bürger*innen wird Normalität vorgaukelt, denn „wir sind normal, bloß die anderen sind krank“. Auch der ständige Vergleich, dass die Zahlen der jährlichen Grippetoten doch ähnlich hoch seien, pocht auf die als Anrecht verstandene Normalität. Dabei ist die hohe Zahl an Grippetoten normativ gesehen auch nicht normal, wir sind es bloß gewohnt, da die kalkulierende Biomacht diese Zahl als normalen Mittelwert errechnet und normalisiert hat (Demirović 2020). Bewegen sich die Todeszahlen also in der Nähe dieses bekannten Werts, erweckt das wohl schnell den Eindruck von Normalität, obwohl es sich um eine andere Krankheit mit anderem Ansteckungs- und Infektionsverlauf handelt.

„Normalität“ und Krise sind also zwei eng miteinander verknüpfte Konzepte. Ohne zuvor bestehende Normalität keine Krise und mit Krise keine Normalität, zumindest nicht die bis dato akzeptierte. Dass auch das Konzept der Revolution mit den beiden Begriffen verbunden ist,

liegt nicht fern. Wird die existierende Normalität zu unerträglich, oder durch eine Krise (schlagartig) als untragbar entlarvt, kann sich revolutionäres Potenzial für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel bilden und entfalten. In der „Corona-Krise“ wurde anfangs das Ausmaß der Missstände im kapitalistischen System deutlich und von vielen Seiten kamen Rufe und Forderungen nach Intervention und Investition. Zu einem Umdenken kam es aber nicht, es blieb größtenteils bei diesen folgenlosen Rufen. Die Sehnsucht nach Normalität war größer als das Empfinden einer (progressiven) Normativität. Dabei schien die „Corona-Krise“ die Möglichkeit zu bergen, den Kapitalismus zu Grabe zu tragen und den „Shutdown als Chance“ wahrzunehmen (Soltau 2020). Erklären, warum das nicht passierte, kann ich aber leider nicht. Es ist gewissermaßen paradox. Die Normalität wurde für die meisten Europäer*innen noch nie derart auf den Kopf gestellt und genau aus diesem Grund flüchten sich nun diejenigen, die es sich leisten können in die gepolsterte neoliberale Normalität. Dabei könnten genau diese Personen es sich auch leisten, die Missstände anzugehen und mit normativem Anspruch die Normalität zu verändern. Die neoliberale Normalität ist ein historisch gewachsenes Konstrukt und durchflochten von Pfadabhängigkeiten. Wir stecken so tief in dieser Normalität, dass wir nicht imstande sind, uns als globale Gesellschaft zu verstehen, Probleme intersektional und interdisziplinär zu denken, beziehungsweise Konsequenzen aus diesen Schlüssen zu ziehen. Um aus diesem Dickicht herauszukommen, bedarf es möglicherweise einer anderen Art des Schocks – vielleicht eines Schocks, der nicht so einfach als exogen dargestellt werden kann. Denn ähnlich wie die Klimakrise wird die „Corona-Krise“ oft als systemextern oder zumindest nicht systemimmanent betrachtet, und als Konsequenz des aktuellen globalen Wirtschaftssystems verkannt. Ob wohl eine der kommenden Krisen als direkte Konsequenz des Kapitalismus betrachtet werden wird? Als Anlass, die herrschende Normalität grundlegend umzugestalten? Altbewährte Mittel bleiben für den Moment Resignation und Zynismus, aber besser noch die Hoffnung auf progressiven, antikapitalistischen und öko-sozialen Wandel oder sogar Motivation, für diesen einzustehen.

Literaturverzeichnis

Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp.

Becker, Lia/Demirović, Alex (2020a): Perspektiven einer sozialistischen Gouvernamentalität und solidarische Praxen in der Pandemie. Gelockert in eine neue Normalität der Krise. Teil III. In: *LuXemburg*, im Juni 2020. Text abrufbar unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gelockert-in-eine-neue-normalitaet-der-krise-teil-iii/> (Zugriff am 16.10.2020).

Becker, Lia/Demirović, Alex (2020b): Überlegungen zu einer emanzipatorischen Pandemiebekämpfung. Gelockert in eine neue Normalität der Krise? In: *LuXemburg*, im Mai 2020. Text abrufbar unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gelockert-in-eine-neue-normalitaet-der-krise/> (Zugriff am 16.10.2020).

Berg, Sibylle (2020): Der Albtraum, die Gewohnheiten zu verlieren. In: *Spiegel*, am 26.09.2020. Text abrufbar unter: <https://www.spiegel.de/kultur/der-alptraum-die-gewohnheiten-zu-verlieren-kolumne-von-sibylle-berg-a-192e7079-6361-42e5-b76a-d13419bdbc63> (Zugriff am 16.10.2020).

Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: *PROKLA*, 43, (171), 193–215.

Demirović, Alex (2020): In der Krise die Weichen stellen. Die Corona-Pandemie und die Perspektiven der Transformation. In: *LuXemburg*, im März 2020. Text abrufbar unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/in-der-krise-die-weichen-stellen-die-corona-pandemie-und-die-perspektiven-der-transformation/> (Zugriff am 16.10.2020).

Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.

Fisher, Mark (2013): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA-Verlag.

Keupp, Heiner (2010): Die Normalität der Krise oder die Krise der Normalität - Krisenpotenziale im globalisierten Netzwerkkapitalismus. In: Ortiz-Müller, Wolf/Scheuermann, Ulrike/Gahleitner, Silke B. (Hrsg.), *Praxis Krisenintervention*. Stuttgart: Kohlhammer, 23–35.

Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften (2020): *Coronavirus-Pandemie - Die Krise nachhaltig überwinden*. Halle. Text abrufbar unter: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf (Zugriff am 15.10.2020).

Link, Jürgen (2013): *Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart*. Konstanz: Konstanz University Press.

Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut (2003): Zur Einleitung: "Normalität" im Diskursnetz soziologischer Begriffe. In: Link, Jürgen/Loer, Thomas/Neuendorff, Hartmut (Hrsg.), *"Normalität" im Diskursnetz soziologischer Begriffe*. Heidelberg: Synchron Wissenschaftsverlag der Autoren, 7–23.

Soltau, Hannes (22.04.2020): Warum die Corona-Krise keine Revolution ist. In: *Tagesspiegel*, am 22.04.2020. Text abrufbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/lehren-aus-dem-lockdown-warum-die-corona-krise-keine-revolution-ist/25759348.html> (Zugriff am 16.10.2020).

Zum Autor

Jakob Streif studiert im Bachelor Politikwissenschaft an der Universität Bremen und beschäftigt sich dabei vor allem mit gesellschaftstheoretischen Fragen der Politischen Theorie und Philosophie. Parallel dazu arbeitet er als Studentische Hilfskraft am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und am Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw).

Die Working-Paper-Reihe des Instituts für Politikwissenschaft ermöglicht die Veröffentlichung von herausragenden studentischen Arbeiten, Seminarergebnissen oder hochschul- und fachdidaktischen Beiträgen, welche im Rahmen von Lehrveranstaltungen des Instituts für Politikwissenschaft entstanden sind. Die Working Paper können auf breitgefächerte politikwissenschaftliche Themen von theoretischen, empirischen, interdisziplinären und/oder didaktischen Perspektiven Bezug nehmen.

*Die Working Papers können von Studierenden, Lehrenden, oder von Studierenden und Lehrenden gemeinsam abgefasst werden. Die Begutachtung der Papiere erfolgt durch fachlich kompetente Wissenschaftler*innen des Instituts für Politikwissenschaft und gewährt somit ihre wissenschaftliche Qualität.*

Die Working Paper werden auf der Website des Instituts für Politikwissenschaft (<https://www.uni-bremen.de/ipw/>) veröffentlicht. Für weitere Informationen steht Dr. Caterina Bonora (cbonora@uni-bremen.de), Geschäftsführerin des Instituts für Politikwissenschaft, gerne zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber: Institut für Politikwissenschaft (IPW)
Fachbereich 08 – Sozialwissenschaften
Bibliothekstraße 1, 28334 Bremen

Redaktion: Caterina Bonora

Cover und Gestaltung der Innenseiten: Andreea Hopinca

Ausgabe: Nr. 2, April 2021